

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 107 (1974)
Heft: 21

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Organ des Bernischen Lehrervereins
107. Jahrgang. Bern, 24. Mai 1974

Organe de la Société des enseignants bernois
107^e année. Berne, 24 mai 1974

Die Meinung der bernischen Primarlehrer

Ergebnisse der Umfrage zum Arbeitsprogramm 1974

1. Die Umfrage

Im «Berner Schulblatt» vom 25. Januar 1974 hat die Primarlehrer-Kommission des Bernischen Lehrervereins einen Text zum Arbeitsprogramm 1974 veröffentlicht. Anhand von 33 Fragen sollten die Primarlehrer in den von der Präsidentenkonferenz bestimmten Themenkreisen *Finanzielle Gleichberechtigung* und *Primarlehrerbildung* Stellung beziehen. Die Antworten sollten es uns ermöglichen, auf einer gesicherten Meinungsbasis Anträge zuhanden der Leitung des Lehrervereins und der politischen Behörden auszuarbeiten.

Gleichzeitig erhielten alle Sektionen Sonderdrucke unserer Umfrage. Die verantwortlichen Ausschüsse und Vorstände wurden damit aufgefordert, uns die Meinung der bernischen Primarlehrer mitzuteilen.

2. Die Mitarbeit

Die Beteiligung war im grossen und ganzen sehr gut. Wegen der Umstrukturierung im Jura konnten unsere welschen Kollegen nicht mitarbeiten. Als einzige deutsch-bernerische Sektion hat Konolfingen die Mitarbeit verweigert und den Primarlehrern keine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. In den beiden Sektionen Schwarzenburg und Zollikofen wurde die Arbeit vergessen, und aus der Sektion Oberhasli sind die versprochenen Ergebnisse nicht bei uns eingetroffen.

So konnten schliesslich die Resultate aus 25 Sektionen zusammengestellt werden. Von den in diesen gemeldeten 3300 Lehrern haben über 40 % mitgearbeitet. Die in den Ergebnissen zum Ausdruck gebrachte Meinung muss also unbedingt als repräsentativ für die Primarlehrerschaft des deutschen Kantonsteils angesehen werden. Die Sektionen sind unterschiedlich vorgegangen. Wo die Fragen an Versammlungen diskutiert und beantwortet wurden, war naturgemäss die Beteiligung geringer, und die Meinungen waren meist eindeutiger. In den Sektionen, wo die Fragebogen schulhausweise oder einzeln eingesammelt wurden, war die Beteiligung grösser, und die Meinungen kamen differenzierter zum Ausdruck. Von vielen Ausschüssen ist eine sehr umfangreiche Arbeit geleistet worden. Wir danken ihnen dafür. In den Sektionen Biel, Büren, Herzogenbuchsee/Wangen, Interlaken, Köniz und Seftigen haben sich 70-95 % der Lehrer an der Umfrage beteiligt.

3. Ergebnisse

Die Ergebnisse aus allen Sektionen werden hier in zwei Tabellen veröffentlicht.

Entgegen einer oft geäusserten Ansicht hat die bernische Lehrerschaft zu den meisten Fragen eine ausgeprägte, eindeutige Meinung. Sechzehn Fragen wurden mit Mehrheiten von 1:50 bis 1:10 entschieden, neun

Fragen mit solchen von 1:8 bis 1:2. Nur acht Fragen blieben mit Verhältnissen von 1:1,5 bis fast Stimmengleichheit im Rahmen normaler politischer Abstimmungsergebnisse.

Die Meinung der Lehrer ist auch bemerkenswert einheitlich. Es ist weder ein Gegensatz Stadt-Land noch eine unterschiedliche Beurteilung innerhalb von Regionen festzustellen. Die Hälfte aller Fragen wurde von allen Sektionen gleich beantwortet, bei sieben weiteren waren nur 1-3 Sektionen anderer Meinung.

Einige Fragen wurden unterschiedlich aufgefasst und dementsprechend unterschiedlich beantwortet. Auf vielen Bogen ergänzen und verdeutlichen Kommentare die Stimmabgabe. Keine einzige Frage wurde von allen Beteiligten beantwortet. In einigen Sektionen konnte nur über einen Teil der Fragen diskutiert und abgestimmt werden.

Im ganzen ergibt sich ein klares Meinungsbild, das als Grundlage für schulpolitische Aktionen dienen kann.

4. Finanzielle Gleichberechtigung

Verschiedentlich beeinflusste ein Missverständnis die Stimmabgabe. Die Vergleiche mit der Sekundarschule richten sich nicht gegen diese und zielen nicht darauf, die Primarschüler gleichartig zu unterrichten, sondern nur darauf, dass diese finanziell nicht mehr im bisherigen Ausmass benachteiligt werden.

Erfreulich war das vielerorts spürbare Verständnis für die schwierige finanzielle Lage von Kanton und Gemeinden.

4.1. Schulmaterial. Nur eine sehr kleine Minderheit möchte die Verhältnisse so lassen wie sie sind (Frage 1.1.1). Alle Sektionen stimmten dafür, dass wir Verbesserungen für die Primarschulen anstreben sollen. Am meisten Zustimmung fand der Vorschlag, es mit Hilfe von Staatsbeiträgen zu versuchen (1.1.3). Die Vorschläge, von der Erziehungsdirektion diesbezügliche Weisungen zu verlangen (1.1.2) und Vergleichszahlen zu veröffentlichen

Inhalt – Sommaire

Die Meinung der bernischen Primarlehrer	181
Buchbesprechung	185
Société bernoise des maitres aux écoles moyennes	185
Centre de perfectionnement du corps enseignant	186
Office jurassien Jeunesse et Sport	186
Mitteilungen des Sekretariates	187
Communications du Secrétariat	187

(1.1.4), wurden knapp angenommen. Überraschend stark wurde die finanzielle Gleichstellung mit der Sekundarschule befürwortet (1.1.5), wobei verschiedentlich gewünscht wurde, das Wort «Gleichstellung» durch «Angleichung» zu ersetzen.

4.2. *Lehrmittel.* Mit einer Mehrheit von 1:50 sind die bernischen Primarlehrer der Meinung, dass ihnen gleich grosse finanzielle Mittel zur Verfügung stehen sollten wie den Sekundarschulen, damit sie für ihre Schüler angemessene Lehrmittel anschaffen können (1.2.1). Das Einführen von Lehrmitteln für die Fächer Geografie (1.2.2), Biologie (1.2.3), Physik (1.2.4) und Chemie (1.2.5) wurde mit unterschiedlichen, aber grossen Mehrheiten befürwortet. An vielen Orten enthielten sich die nicht direkt betroffenen Lehrer der Stimme. Bei der Frage 1.2.6 wurde das Überarbeiten oder Ersetzen vieler bestehender Lehrmittel gefordert. Unterstützt wurden auch das Schaffen gesamtschweizerischer Lehrbücher und eine vermehrte Wahlfreiheit für unterschiedliche Lehrbücher, auch solche aus deutschen Verlagen.

4.3. *Demonstrationsmaterial.* Ganz eindeutig sind die Primarlehrer auch der Meinung, dass ihnen die gleichen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten wie den Sekundarschulen, damit sie für ihren Unterricht Demonstrations- und Versuchsmaterial anschaffen könnten (1.3.1), und dass ihre Schule gleicherweise Anrecht auf die Ausrüstung mit technischen Hilfsmitteln habe (1.3.2). In den Kommentaren wird aber auch vor einer Verteilung der Schulen und vor einer Überbewertung der materiellen Hilfsmittel gewarnt.

4.4. *Schulbauten.* Mit sehr grosser Mehrheit fordern alle Sektionen, dass die Verordnung über Schulanlagen und das Dekret über die Schulhausbau-Subventionen, in denen die Primarschule in einem ungerechtfertigten Ausmass schlechter gestellt wird, abgeändert werden (1.4.1). Sie sind der Meinung, die Primarschule habe ein Anrecht auf gleichwertige bauliche Einrichtungen in Bezug auf die Klassenzimmer (1.4.2), die Spezialräume (1.4.3) und die Bibliothek (1.4.4). Die deutlich kleinere Mehrheit beim zweiten Punkt berücksichtigt die Tatsache, dass durch die spezialisierte Ausbildung der Lehrer und die grössere Lernfähigkeit der Schüler für die Sekundarschulen z. B. in den Fächern Physik und Chemie andersgeartete Voraussetzungen ins Gewicht fallen.

In der Präsidentenkonferenz war vorgeschlagen worden, kantonal eine verbindliche Minimalausrüstung vorschreiben zu lassen, mit deren Hilfe die Lehrer dann sich und die Gemeindebehörden orientieren könnten. Dieser Antrag wurde mit einer knappen Mehrheit angenommen (1.5.1). Er enthält die Gefahr einer Uniformierung des Unterrichts, welche den unterschiedlichen Unterrichtsstilen und Bedürfnissen der Lehrer nicht gerecht wird. Ausserdem könnte eine solche Vorschrift die Schulen auf einem Minimum fixieren und es erschweren, Neues auszuprobieren.

5. *Primarlehrer-Ausbildung*

Die grundlegende Bedeutung unserer Ausbildung für das ganze Schulwesen wird in vielen Kommentaren besonders hervorgehoben. Entgegen der hier und da geäusserten Ansicht, die Lehrer selber hätten durch ihre widersprüchlichen Auffassungen eine gründliche Reform ihrer Ausbildung verhindert, zeigt unsere Umfrage ein bemerkenswert klares und einheitliches Meinungsbild in den meisten Fragen.

5.1. *Grundsatz.* Die amtierenden Primarlehrer sind mit überwältigender Mehrheit der Meinung, dass ihre bisherige Ausbildung ungenügend sei. Sie sind überzeugt, dass die Primarlehrer-Ausbildung verlängert (2.1.1) und verändert (2.1.2) werden müsse. Die Eindeutigkeit der Stellungnahme zeigt, wie sehr die Lehrer darunter leiden, dass sie für die von ihnen verlangten Aufgaben in verschiedener Hinsicht ungenügend vorbereitet in ein Amt gewählt werden, dem sie sich nicht gewachsen fühlen.

5.2. *Zeitpunkt und Vorgehen.* Trotz Lehrermangel und Finanzknappheit und trotz der vom Erziehungsdirektor vor dem Grossen Rat geäusserten anderen Meinung sind die bernischen Primarlehrer überzeugt, dass wir jetzt mit einer umfassenden Reform der Lehrerbildung beginnen müssen und nicht noch Jahre warten dürfen (2.2.1).

Die folgende Frage ist von vielen missverstanden worden, die den Begleittext zu wenig gründlich gelesen haben. Trotzdem ist die Stellungnahme klar: Die Lehrer sind der Meinung, es müsse ein grundsätzlich neues Ausbildungsmodell erarbeitet werden (2.2.3), man könne nicht einfach nur immer wieder über kleine Schritte entscheiden (2.2.2). Die vielen Ja-Stimmen bei dieser Frage führe ich darauf zurück, dass viele der Überzeugung sind, dass auch ein grundsätzlich neues Modell nicht auf einmal eingeführt werden könne, sondern in Etappen verwirklicht werden müsse.

Überrascht hat mich die Eindeutigkeit der Stellungnahme zum Vorschlag der Erziehungsdirektion, auf Frühjahr 1975 ein freiwilliges, lohnwirksames Weiterbildungsjahr einzuführen. Dieses Projekt wird von der Lehrerschaft vehement abgelehnt (2.2.4), und uns wird der Auftrag erteilt, es als einen Schritt in eine falsche Richtung, der eine Neukonzeption verzögert, zu bekämpfen (2.2.5).

5.3. *Stufenunterschiede.* Überraschend ist auch die Stellungnahme zu der Frage, ob die Lehrer auf den verschiedenen Stufen gleich lang und gleichwertig ausgebildet werden müssten. Für die Unter- und Oberstufe der Primarschule wird das sehr stark bejaht (2.3.1), für Primar- und Sekundarschule nur im Verhältnis von 2:1. Aber wenn man bedenkt, wie wirksam gerade bei uns Lehrern alte Traditionen sind, so ist auch diese relativ kleine Mehrheit erstaunlich (2.3.2).

5.4. *Organisation der Ausbildung.* Bei den Antworten zum Ausbildungsmodell kann man drei Gruppen unterscheiden. Ganz eindeutig sind die Lehrer der Überzeugung, dass der allgemeinbildende Teil der Primarlehrerausbildung so sein müsste, dass sein erfolgreicher Abschluss als Maturität anerkannt werden könnte (2.4.1), und dass die Berufsausbildung zum Primarlehrer auch für Maturanden offen sein muss (2.4.2). Verständlicherweise besteht in den Fragen der Beziehungen zur Universität grosse Unsicherheit. Die Abstimmungsergebnisse sind sehr uneinheitlich, die Randbemerkungen zahlreich. Ein akademisches Niveau für den Unterricht am «Oberseminar» wird knapp bejaht (2.4.3), dessen Eingliederung in die Universität deutlich abgelehnt (2.4.4). Die Idee eines Oberseminars in getrennten Instituten mit Dozenten der Universität wird knapp verworfen (2.4.5). Die beiden letzten Fragen, die wir als ein Gegensatzpaar gemeint hatten, sind häufig nicht so verstanden worden. Die Deutung der Antworten ist unsicher. Die Forderung, dass die Primarlehrerausbildung grundsätzlich auf der Maturität aufgebaut werde, wird abgelehnt

PL-Arbeitsprogramm 1974, Ergebnisse der Umfrage 1: Finanzielle Gleichberechtigung

Frage:

Konferenz

	1.1.1		1.1.2		1.1.3		1.1.4		1.1.5		1.2.1		1.2.2		1.2.3		1.2.4		1.2.5		1.3.1		1.3.2		1.4.1		1.4.2		1.4.3		1.4.4		1.5.1			
	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN		
Aarberg	0	47	9	27	25	9	40	5	43	1	48	0	44	0	45	0	46	0	44	0	48	0	48	0	48	0	38	1	46	1	46	2	23	24		
Aarwangen	0	20	0	0	0	0	18	2	20	0	20	0	20	0	20	0	20	0	20	0	20	0	20	0	17	3	15	5	15	5	20	0	20	0		
Bern Stadt	0	235	90	93	209	3	155	22	202	16	223	1	207	0	194	2	173	1	78	20	240	0	222	3	229	5	231	2	219	6	229	2	56	147		
Biel deutsch	3	98	57	32	78	10	70	22	80	10	87	1	55	1	55	3	37	2	31	3	92	1	107	1	102	4	84	5	89	2	91	0	68	26		
Bolligen	1	35	20	4	21	8	28	1	24	4	38	1	19	1	18	1	18	1	18	1	38	1	34	0	39	1	39	0	33	2	39	0	17	18		
Büren	4	17	15	2	7	8	9	7	18	3	26	0	13	2	10	2	9	2	3	5	26	0	26	0	24	0	25	1	22	1	24	0	15	9		
Burgdorf/F'brunnen	1	85	43	36	59	19	63	17	76	7	86	0	60	1	56	1	52	1	48	3	85	0	86	0	80	0	85	0	82	3	76	1	28	59		
Erlach	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	19	0	16	3	
Frutigen	0	19	16	1	16	0	9	4	17	1	16	1	9	0	2	2	10	0	6	1	14	0	7	2	11	0	12	0	10	0	18	0	16	0		
H'buchsee/Wangen	4	83	56	19	52	12	37	36	42	10	85	5	73	5	71	6	70	7	56	17	86	5	86	5	84	1	86	1	74	18	80	3	68	21		
Interlaken	13	99	43	58	80	27	25	76	66	49	86	2	70	11	58	9	53	14	40	16	103	3	98	10	88	9	102	3	52	26	72	14	76	21		
Köniz	0	126	69	35	113	12	99	17	117	7	124	1	97	0	90	3	81	1	79	1	109	0	124	0	125	0	108	2	98	5	110	9	44	85		
Konolfingen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Laufen	0	5	3	2	3	1	4	1	3	4	5	0	5	0	5	0	3	2	3	2	7	0	6	0	3	0	5	0	5	0	5	0	3	3		
Laupen	0	37	25	0	22	0	5	23	32	3	40	0	34	0	26	0	21	0	21	0	44	0	44	0	41	0	43	0	37	2	40	0	25	3		
Nidau	0	24	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	25	0	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0
Niedersimmental	0	27	18	6	16	8	7	22	22	8	24	1	15	5	7	6	12	5	2	9	27	0	30	0	27	0	28	2	24	4	22	0	7	17		
Oberemmental	0	27	10	7	14	0	3	0	27	0	28	0	28	0	28	0	28	0	9	0	28	0	28	0	28	0	28	0	28	0	28	0	0	15		
Oberhasli	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Obersimmental	0	12	11	2	10	1	8	2	10	1	14	1	7	1	8	1	6	1	4	2	13	0	13	0	14	0	13	0	10	2	10	1	8	6		
Saanen	0	21	12	5	21	0	19	2	0	21	21	0	17	2	11	0	17	0	9	0	21	0	21	0	17	0	21	0	15	0	21	0	15	6		
Schwarzenburg	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Seftigen	6	92	66	30	60	31	65	30	91	7	98	3	89	1	77	9	82	2	63	16	97	4	96	5	92	7	99	1	81	14	90	8	72	25		
Thun-Land	31	84	36	20	47	17	30	38	66	21	88	6	77	2	72	1	67	3	55	6	97	16	95	14	86	12	98	3	61	21	88	6	88	22		
Thun-Stadt	0	27	17	10	25	2	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0	27	0
Trachselwald	24	31	24	27	36	19	8	44	30	34	41	2	52	15	41	17	48	9	27	15	43	19	32	10	32	10	39	13	24	28	44	13	31	31		
Zollikofen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Total	87	1270	664	435	937	206	572	349	1086	207	1269	25	1061	47	964	63	923	51	687	117	1309	49	1293	50	1257	52	1269	39	1095	140	1223	59	747	538		
Stimmenverhältnis	1:14,6		1,5:1		4,5:1		1,6:1		5,2:1		50,8:1		22,6:1		15,3:1		18,1:1		5,9:1		26,7:1		25,9:1		24,2:1		32,5:1		7,8:1		20,7:1		1,4:1			

PL-Arbeitsprogramm 1974, Ergebnisse der Umfrage 2: Primarlehrerbildung

Frage: Konferenz	stimm= beteilig.	2.1.1.		2.1.2.		2.2.1.		2.2.2.		2.2.3.		2.2.4.		2.2.5.		2.3.1.		2.3.2.		2.4.1.		2.4.2.		2.4.3.		2.4.4.		2.4.5.		2.4.6.		2.4.7.	
		JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN		
Aarberg	40%	40	6	44	2	44	1	7	6	45	1	2	44	45	0	42	3	39	6	5	4	40	4	5	4	6	3	5	4	40	4	11	1
Aarwangen	10%	20	0	20	0	20	0	0	20	0	20	0	20	18	2	15	5	15	5	20	0	15	2	0	20	0	20	0	20	2	18	18	2
Bern Stadt	50%	211	13	206	3	233	1	97	90	157	22	3	215	216	3	208	10	112	45	213	8	220	8	111	41	63	121	77	59	72	109	64	91
Biel deutsch	70%	90	5	83	9	80	17	14	74	72	13	14	79	77	10	90	7	77	13	79	6	77	5	41	27	23	56	33	36	50	39	40	49
Bolligen	20%	31	8	21	0	39	1	25	14	17	4	3	37	37	3	19	2	12	7	21	0	20	1	14	5	7	6	11	6	13	6	12	10
Büren	70%	15	9	23	0	23	2	6	16	16	6	1	22	21	0	23	2	11	12	22	4	20	6	12	12	3	21	6	17	9	13	18	6
Burgdorf/F'brunnen	25%	63	20	84	0	84	2	20	51	77	3	0	74	75	0	71	4	71	13	72	13	85	1	50	12	14	57	54	18	63	18	33	52
Erlach	40%	19	0	17	2	19	0	3	16	16	3	2	17	17	2	19	0	15	4	17	2	19	0	9	10	4	15	9	10	9	10	14	5
Frutigen	20%	18	0	16	0	18	0	10	0	0	6	1	17	17	0	18	0	16	0	16	0	18	0	14	3	0	10	1	2	0	13	2	8
H'buchsee/Wangen	80%	77	11	88	2	85	1	19	65	72	10	9	80	77	9	79	9	35	46	68	9	72	3	48	23	8	56	20	43	43	48	33	39
Interlaken	80%	93	15	106	2	111	1	39	37	36	34	3	106	90	16	105	5	33	47	70	26	81	7	17	71	7	83	13	60	23	69	82	30
Köniz	95%	111	12	97	0	125	0	29	74	110	4	0	122	115	0	122	0	107	9	118	7	122	2	31	60	16	92	65	32	54	59	59	59
Konolfingen	0%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Laufen	10%	4	2	7	0	7	0	7	0	7	0	0	6	6	0	4	2	1	5	4	2	6	0	0	6	0	6	0	6	0	6	6	0
Laupen	65%	36	3	41	0	41	0	11	23	23	10	0	29	26	0	42	0	25	9	34	0	32	0	30	0	0	33	30	0	34	0	0	34
Nidau	20%	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	0	24	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	24	0	0	24	0	24
Niedersimmental	30%	27	2	22	2	30	0	5	20	25	4	0	30	30	0	24	2	5	21	11	7	24	2	3	15	2	12	2	20	3	16	25	5
Oberemmental	20%	21	2	28	0	28	0	0	20	28	0	0	28	28	0	28	0	0	0	28	0	28	0	0	0	0	28	0	0	0	28	0	28
Oberhasli	0%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Obersimmental	35%	12	2	11	0	13	1	2	9	12	0	2	11	12	1	12	2	7	6	11	1	10	1	9	3	4	7	4	6	7	5	8	2
Saanen	55%	17	4	11	8	21	0	15	2	10	7	2	10	10	2	7	12	14	5	15	4	21	0	5	12	7	12	0	15	0	15	17	2
Schwarzenburg	0%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Seftigen	70%	84	13	92	7	93	3	41	50	70	27	11	83	84	8	87	11	57	35	82	13	93	5	33	56	8	77	27	50	32	54	58	37
Thun-Land	60%	81	31	92	10	105	7	42	62	76	21	8	104	94	2	74	31	54	26	103	23	96	4	35	41	28	65	32	54	40	50	54	36
Thun-Stadt	20%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Trachselwald	50%	43	10	42	6	50	8	28	16	27	14	12	35	31	12	41	6	19	37	28	19	35	13	12	26	2	34	14	24	13	33	33	14
Zollikofen	0%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Total	40%	1137	168	1175	53	1293	45	444	665	920	209	73	1193	1150	70	1154	113	749	351	1061	148	1158	64	503	447	226	814	427	482	502	637	587	534
Stimmenverhältnis		6,8:1		22,2:1		28,7:1		1:1,5		4,4:1		1:16,3		16,4:1		10,2:1		2,1:1		7,2:1		18,1:1		1,1:1		1:3,6		1:1,1		1:1,3		1,1:1	

(2.4.6). Mit einem Zufallsmehr von 53 Stimmen unterstützen die Lehrer den Vorschlag, einfach die bestehende seminaristische Ausbildung zu verbessern.

In den fünf letzten Fragen stimmten die Sektionen einheitlich. Mich hat überrascht, dass fast die Hälfte der Lehrer sich für die in unserem Kanton, abgesehen vom Sonderkurs, neue Idee einer auf die Maturität aufgebauten Primarlehrerausbildung ausgesprochen hat. Aus den Abstimmungsergebnissen würde ich die Konsequenz ziehen, seminaristische und gymnasiale Lehrerausbildung gleichwertig nebeneinander zu führen.

6. Kommentare

Einige Sektionen haben kurze Erklärungen in die Fragebogen geschrieben, andere haben die Bemerkungen einzelner Kollegen zusammengefasst und beigelegt. Einigen Eingaben lagen Briefe und Notizen bei. Die Kommentare bezogen sich zum Teil auf die missverständlichen Formulierungen in unserer Umfrage, zum Teil auf den Inhalt der Fragen, einige auch auf das von uns gewählte Vorgehen. Es wurden auch Probleme ausserhalb unseres Arbeitsprogrammes angeschnitten, so die Stundentafeln im Lehrplan, die Schülerzahlen in einigen Klassen, als Unrecht empfundene Verhältnisse in der Besoldungsordnung, die Frage des Schulobligatoriums auf der Oberstufe, die Lehrfreiheit in Bezug auf die Lehrmethode und die Lehrmittelwahl, das Pensionierungsalter und anderes mehr.

Auch diese Bemerkungen werden in unserer Arbeit berücksichtigt werden. Sie zeigen, wie sehr den bernischen Primarlehrern ihre Schule und ihre Schüler ans Herz gewachsen sind. Auf verschiedene Fragen in den Briefen haben wir direkt geantwortet.

7. Die Weiterarbeit

Zwei Mitglieder unserer Kommission arbeiten aufgrund der Resultate unserer Umfrage Anträge aus. Diese werden an der nächsten Kommissionssitzung überarbeitet

und den Primarlehrerpräsidenten zugestellt. Sie werden auch im Schulblatt veröffentlicht, damit eine Diskussion stattfinden kann. Am 12. Juni wird eine Primarlehrer-Präsidentenkonferenz dazu Stellung nehmen. Die Beschlüsse werden der Leitung des BLV übergeben. Wir hoffen, dass diese, aber auch die politischen Organe und die Schulbehörden bei ihren zukünftigen Beschlüssen die Meinung der bernischen Primarlehrer angemessen berücksichtigen werden.

Wir sind erfreut darüber, dass ein so grosser Teil unserer Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit bereit war. Das stärkt die Stellung unserer Kommission und könnte durchaus mithelfen, die Lage der Primarschulen zu verbessern. Wir hoffen, dass in Zukunft auch die Sektionen, die es diesmal unterlassen haben, mitarbeiten werden. Nur wenn wir zusammenstehen und uns auf gemeinsame Anträge einigen können, haben wir Aussicht auf Erfolg. Dabei ist gerade die Mitarbeit derjenigen besonders wichtig, die eine von der unseren abweichende Meinung vertreten.

Für die Primarlehrer-Kommission des Bernischen Lehrervereins

Der Präsident: *Moritz Baumberger*

Buchbesprechung

Dr. Rolf Mäder: Vocabolario italiano-tedesco-francese aggiunto al corso «Vivendo s'impara»

151 Seiten, kartoniert Fr. 17.80 (Verlag Paul Haupt Bern)
Da im Lehrgang «Vivendo s'impara» viele Lehrer eine Wortliste vermissen, hat der Autor nun als Ergänzung und Erweiterung zum dreisprachigen Italienisch-Lehrgang auch noch dieses Wörterbuch mit der gewohnten Sorgfalt und Vielseitigkeit verfasst.

Das Vocabolario enthält Erklärungen für den Selbstunterricht; das gewählte Wortmaterial berücksichtigt vor allem die *Umgangssprache*. Dieses neue Lehrbuch fügt sich daher lückenlos in den übrigen Lehrgang ein.

L'Ecole bernoise

Société bernoise des maîtres aux écoles moyennes

Invitation à l'assemblée des délégués

Mercredi 19 juin 1974, à 9 h. 45, Restaurant Sternen, Belp

Tractanda

1. Souhais de bienvenue
2. Hommage aux collègues décédés durant l'année
3. Procès-verbal de l'assemblée extraordinaire des délégués du 13 mars 1974
4. Rapport annuel du Comité cantonal
5. Comptes annuels
6. Budget et fixation de la cotisation pour 1974/75

7. Programme d'activité
8. Nominations
9. Problème de l'école secondaire du Wankdorf, Berne (éventuellement exclusion d'un membre)
10. Ordonnances et prescriptions de la direction de l'Instruction publique
11. Divers

Les comités de sections convoqueront eux-mêmes leurs délégués et leur remettront le matériel nécessaire.

Bienne/Ersigen, le 6 mai 1974

Au nom du Comité cantonal
Hans Grütter, président/*Urs Kurth*, secrétaire

Avis aux automobilistes: Utiliser l'autoroute Berne-Thoune; passer le pont de Hunzigen (Hunzigenbrücke), puis direction Belp.

Centre de perfectionnement du corps enseignant

Cours d'instruments Orff

Nous avons le plaisir de vous inviter à participer au cours d'initiation à la pratique des instruments Orff. Sous la direction de M. A. Schweizer, professeur au Conservatoire de Bienne, il aura lieu les *jeudis 30 mai, 6 et 20 juin*, à

- Porrentruy, 15 h. 15: au jardin d'enfants de M^{lle} O. Berger, Ecole du Séminaire, rue de l'Etang 5;
- Delémont, 19 h. 15: à l'Aula de l'école du Gros-Seuc, rue du Haut-Fourneau (5 min. de la Gare).

Pour le Jura-Sud, le cours ne peut se donner qu'à la rentrée d'août, soit

à Bienne, 19 h. 30: les *mardis 13, 20 et 27 août*, au jardin d'enfants du chemin des Pêcheurs.

Cours et manifestations du mois de juin 1974

- 1.4 *Mathématique* (CIM): MM. M. Ferrario, E. Adam, M^{mes} C. Ruebner, J. Worpe, dès le 19 juin à Moutier.
- 3.4.11-3.4.25 *Mathématique. Programme romand* (CIM): Divers animateurs, première séance en juin, à Basse-court, Bienne, Delémont, Malleray, Moutier, Porrentruy, Saint-Imier, Saignelégier, Tramelan.
- 3.4.34 *Expérimentation. Mathématique* (CIM): MM. M. Ferrario et G. Rubin, dès le 13 juin à Malleray.
- 3.4.35 *Expérimentation. Mathématique* (CIM): MM. M. Ferrario, C. Félix et F. von Niederhäusern, dès le 20 juin à Malleray.
- 3.4.36 *Expérimentation. Mathématique* (CIM): MM. M. Ferrario, P.-A. Joset, L. Schori, dès le 20 juin à Malleray.
- 3.7.4 *Emploi du rétroprojecteur*: M. F. Guignard, le 5 juin à Saint-Imier.
- 4.16.4 *Géométrie* (CIM): M. G. Reusser, dès le 6 juin à Moutier.

Semaine obligatoire du 24 au 28 juin

Cette semaine comprend l'organisation de

- 62 cours d'une semaine
- 4 cours de trois jours
- 2 cours de deux jours
- 1 cours de un jour

dans les principaux centres suivants: Bienne, Delémont, Moutier, Porrentruy, Reconvilier, Saint-Imier, Saignelégier, Sornetan, Tramelan.

La manifestation du vendredi après-midi 28 juin réunira le corps enseignant, les animateurs et les invités, et est organisée avec le concours de l'orchestre de chambre Jean-Pierre Mœckli, à 15 heures. (Halle des fêtes de Tramelan.)

Programme: Introduction (W. Jeanneret, directeur du Centre). Concerto en do majeur pour deux trompettes (A. Vivaldi). Exposé: Simon Kohler, directeur de l'Instruction publique. Suite tirée de l'opéra «Le Roi Arthur» (H. Purcell). Chansons et danses populaires hongroises (B. Bartok). Exposé: Jean Cavadini, délégué à la coordination romande. Symphonie N° 83 en sol mineur (J. Haydn).

Chaque enseignant recevra les indications pratiques le concernant. Des renseignements complémentaires peuvent être demandés au Centre (tél. 032 93 45 33).

Samedi 22 juin à 17 heures

Vernissage de l'exposition placée sous l'égide du Centre de perfectionnement:

La formation artistique du corps enseignant secondaire

Exposition présentée au Centre de Sornetan par M. G. Tritten et ses étudiants. Ouverte du 23 juin au 5 juillet et du 29 juillet au 31 août.

Programme des cours et manifestations 1975

Nous invitons le corps enseignant, les associations et institutions concernées à remettre leurs propositions, leurs vœux et leurs suggestions à la Direction du Centre de perfectionnement *jusqu'au 30 septembre 1974, dernier délai*, en indiquant pour chaque cours proposé:

1. Le nom de l'animateur proposé.
2. L'objectif du cours.
3. Les grandes lignes du programme.
4. La durée du cours.
5. La date proposée.
6. L'horaire prévu.
7. Le lieu souhaité.

Office jurassien Jeunesse et Sport

Brevet de sauvetage de la SSS

L'Office jurassien J+S organise prochainement un cours pour l'obtention du brevet de sauvetage. Ce cours aura lieu à la piscine de Tramelan. Il débutera le vendredi soir 7 juin et se terminera le dimanche 9 juin 1974 à midi. La participation au cours est gratuite. Les frais de transport, de pension et de logement seront pris en charge par l'Office J+S.

Les intéressés sont priés de s'annoncer jusqu'au 22 mai 1974 au plus tard à l'Office jurassien J+S, case postale 254, 2610 Saint-Imier, tél. 039 41 10 84.

Cours cantonal J+S de moniteurs de natation

L'Office jurassien J+S rappelle aux sportifs jurassiens et biennois qu'un cours de formation de moniteurs I natation aura lieu à la piscine de Tramelan du 17 au 21 juin 1974.

Les participants à ce cours bénéficieront des prestations généralement accordées (voyage, pension et logement gratuits, indemnités journalières de Fr. 8.—, caisse de compensation pour perte de salaire).

Les formules d'inscription sont à demander à l'Office jurassien J+S, case postale 254, 2610 Saint-Imier, qui enregistrera les inscriptions jusqu'au 30 mai 1974 au plus tard.

Reglement über die Stellvertretungskasse der bernischen Primarlehrerschaft

I. Zweck der Stellvertretungskasse

§ 1. Die Stellvertretungskasse der bernischen Primarlehrerschaft (nachstehend «Kasse» genannt) übernimmt den nach den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen dem Mitglied zufallenden Viertel an den Stellvertretungskosten, die wegen eigener Krankheit, ansteckender Krankheit in der Familie, Niederkunft oder Unfall entstehen. Vorbehalten bleiben §§ 11 bis 13 dieses Reglements.

Die Kasse ist eine Institution des Bernischen Lehrervereins und wird Dritten gegenüber durch diesen vertreten.

II. Mitgliedschaft

§ 2. Die Vollmitgliedschaft beim BLV ist in jedem Fall Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Kasse. Diese ist für alle Vollmitglieder, die an öffentlichen Primarschulen wirken, obligatorisch.

Vollmitglieder, die an privaten Unterrichts- oder Erziehungsanstalten wirken, sowie solche, die unter Art. 8, Abs. 2 der Statuten fallen, können der Kasse beitreten bzw. ihr weiterhin angehören. Über die Rechte und Pflichten stellt der Kantonalvorstand generell oder von Fall zu Fall besondere Bestimmungen auf.

Vereinsmitglieder, die an staatlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten wirken, gehören der Kasse nicht an. Ihre Stellvertretung richtet sich nach dem jeweils gültigen Dekret betreffend die Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates Bern.

§ 3. Der Ein- und Austritt, sowie der Ausschluss aus der Kasse richtet sich nach den Art. 6-12 der Vereinsstatuten.

§ 4. Wer sich um die Mitgliedschaft beim BLV und dadurch bei der Kasse beworben hat, ist verpflichtet, die Beiträge für das laufende Semester zu entrichten. Die Genussberechtigung beginnt grundsätzlich erst mit der formellen Aufnahme in den Verein. Hat sich diese ohne Verschulden des Kandidaten verzögert, kann der Kantonalvorstand die gänzliche oder teilweise Übernahme von Stellvertretungskosten beschliessen, die zwischen dem schriftlichen Aufnahmegesuch und der Aufnahme selber entstanden sind.

Die Kasse ist nicht verpflichtet, Stellvertretungskosten zu übernehmen, deren Ursache im Zeitpunkt des Aufnahmegesuches bestand.

§ 5. Austretende Mitglieder und Ausgeschlossene haben keinen Anspruch auf das Vermögen der Kasse.

Reglement über die Lohnersatzkasse des BLV

§ 1. Die Lohnersatzkasse der bernischen Primarlehrerschaft (nachstehend «Kasse» genannt) hat zum Zweck, die Lohneinbusse ihrer Mitglieder bei Krankheit, Unfall und Schwangerschaft nach Massgabe folgender Bestimmungen zu mildern. Vorbehalten bleiben §§ 18 bis 20 dieses Reglements.

Die Kasse ist ...

§ 2, Abs. 2:

Vollmitglieder, die an staatlichen oder privaten ...

Abs. 3 weglassen

§ 4, Abs. 1, 3. Satz weglassen

Letzter Absatz:

Die Kasse ist zu keinen Leistungen verpflichtet, wenn die Ursache des Besoldungsausfalls im Zeitpunkt des Aufnahmegesuches schon bestand.

§ 5 unverändert

III. Beiträge

§ 6. Die Abgeordnetenversammlung teilt die Mitglieder in Kategorien ein und setzt jährlich deren Beiträge fest. Die Beiträge richten sich in erster Linie nach den Rechnungsergebnissen des vorausgehenden Jahres; diejenigen der zwei dem letzten vorausgehenden Jahre können mitberücksichtigt werden.

§ 7. Das Rechnungsjahr beginnt mit dem 1. Januar und endet mit dem 31. Dezember.

IV. Aufsicht und Verwaltung

§ 8. Die Kasse wird vom Zentralsekretariat des BLV unter der Aufsicht des Kantonalvorstandes verwaltet. Die durch diese Verwaltung verursachte Mehrarbeit ist zu entschädigen. Die Abgeordnetenversammlung bestimmt den Betrag dieser Entschädigung.

§ 9. Der Einzug der Beiträge für die Kasse ist Sache der Sektionsvorstände.

§ 10. Die Rechnungsprüfer des Vereins prüfen die Rechnung der Kasse und erstatten der Abgeordnetenversammlung Bericht. Dieser liegt die Genehmigung der Rechnung ob.

§ 11. Die Bezüger von Leistungen der Kasse sind verpflichtet, sich den Umständen entsprechend in ärztliche Behandlung zu begeben und die Anweisungen des Arztes zu befolgen.

Sie haben mit Rücksicht auf die prämienzahlenden Mitglieder die Pflicht, in jeder Hinsicht die Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit zu fördern. Wirtshausbesuch ist nicht gestattet, der Besuch von Vergnügungsstätten abends, Reisen und sportliche Tätigkeit nur nach Anweisung des Arztes, bezahlte Arbeit zudem nur mit Einwilligung des Kantonalvorstandes.

Im Fall der Widerhandlung kann § 12 sinngemäss angewendet werden.

§ 12. Der Kantonalvorstand ist befugt, die Berechtigung eines Krankheitsurlaubes durch einen Vertrauensarzt überprüfen zu lassen und einem Mitglied vorsorglich die Verpflichtung aufzuerlegen, innert drei Tagen von einem Urlaubsgesuch aus gesundheitlichen Gründen oder von einer Erkrankung Meldung zu erstatten. Wird die Überprüfung durch das Mitglied wesentlich erschwert oder verunmöglicht, oder stellt sich ein Missbrauch an der Kasse heraus, so kann der Kantonalvorstand die Bezahlung des der Kasse obliegenden Anteils der Stellvertretungskosten ganz oder teilweise verweigern und bereits ausbezahlte Anteile zurückverlangen.

III. Beiträge

§ 6. Die Abgeordnetenversammlung kann die Mitglieder in Kategorien einteilen; sie setzt periodisch deren Beiträge fest.

§ 7: *unverändert*

Neu:

§ 8-14 *siehe Anhang*

IV. Leistungen

V. Aufsicht und Verwaltung

= *bisheriges Kap. IV fast unverändert. Neunummerierung siehe Kolonne links*

Neu:

§ 15

§ 16

§ 17

§ 18, *vereinfachter Wortlaut:*

§ 18. Die Bezüger von Leistungen der Kasse sind verpflichtet, die Anweisungen des Arztes zu befolgen und in jeder Hinsicht die Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit zu fördern. Der Besuch von Vergnügungsstätten, Reisen und sportliche Tätigkeit sind nur nach Anweisung des Arztes, bezahlte Arbeit zudem nur mit Einwilligung des Kantonalvorstandes gestattet.

Im Fall der Widerhandlung kann § 19 sinngemäss angewendet werden.

§ 19

weglassen: ... und einem Mitglied ... zu erstatten.

der Kassenleistungen *statt* ... des der Kasse obliegenden Anteils der Stellvertretungskosten.

Gegen einen solchen Beschluss auf Einschränkung oder Aufhebung der Leistungen der Kasse kann das betroffene Mitglied, innert 30 Tagen nach Empfang der Mitteilung des Kantonalvorstandes, an das Büro der Abgeordnetenversammlung Berufung einlegen. Dieses stellt seinen Antrag an die Abgeordnetenversammlung, die endgültig entscheidet.

§ 13. Ist die Stellvertretung auf ein Ereignis zurückzuführen, für das irgendeine Haftung Dritter besteht, so tritt die Kasse bis auf die Höhe ihrer Leistungen in die Rechte der vertretenen Lehrkraft ein; diese Rechte gelten als abgetreten, und die Kasse ist berechtigt, den entsprechenden Anspruch selbständig gegen den Haftpflichtigen geltend zu machen. Das Mitglied ist verpflichtet, die Kasse in der Verfechtung ihrer Ansprüche voll zu unterstützen; andernfalls geht es seiner Rechte gegenüber der Kasse verlustig.

§ 14. Über die Anmeldung von Stellvertretungsfällen und die Auszahlung der Entschädigungen gelten die Bestimmungen der Verordnung des Regierungsrates betreffend die Stellvertretung an Primar- und Mittelschulen vom 29. März 1966 (einschliesslich späterer Ergänzungen oder Abänderungen).

V. Schlussbestimmungen

§ 15. Dieses Reglement tritt nach Genehmigung durch die Abgeordnetenversammlung sofort in Kraft. Es ersetzt das Reglement der Stellvertretungskasse für die bernische Primarlehrerschaft vom 22. Mai 1937.

Namens der Abgeordnetenversammlung
des Bernischen Lehrervereins

Der Präsident: *Dr. P. Pflugshaupt*

Der Sekretär: *M. Rychner*

Bern, den 6. Juni 1959

Abgeändert am 24. November 1962 (§ 14 neu)

Abgeändert am 18. Juni 1969 (§ 14 aufgehoben; Neunummerierung)

Ergänzen:

Der Rekurs hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 20

§ 21

neu: ... der Verordnung über die Vertretung von Lehrern (Stellvertretungsverordnung) vom 9. Januar 1974.

VI. Schlussbestimmungen

§ 22

... vom 6. Juni 1959/24. November 1962/18. Juni 1969.

Anhang: IV. Leistungen (neues Kapitel)

§ 8. Wird die Besoldung eines Mitglieds gemäss Art. 9 der VO vom 9. 1. 1974 über die Stellvertretung während des 2. Krankheitsjahres auf 60% gekürzt, so hat das Mitglied Anspruch auf eine Kassenleistung, die

dem effektiven Ausfall (Nettobesoldung) entspricht
vier Fünfteln des effektiven Ausfalls entspricht
drei Vierteln des effektiven Ausfalls entspricht
der Hälfte des effektiven Ausfalls entspricht

Variante: ... auf eine Kassenleistung, die den effektiven Ausfall an Nettoeinkommen zu einem Prozentsatz ersetzt, der jährlich festzulegen ist.

Wird der Besoldungsnachgenuss den Angehörigen ebenfalls nur reduziert ausgerichtet, so wird er im selben Verhältnis durch eine Leistung der Kasse ergänzt, wie vorher die Besoldung.

§ 9. Wird ein Mitglied von der BLVK oder VKBSV wegen Invalidität temporär oder definitiv pensioniert, bevor es bei voller Besoldung 12 Monate wegen Krankheit beurlaubt gewesen ist, so zahlt ihm die Kasse für den Rest der Monate ... % an den Unterschied zwischen der letztbezogenen vollen Nettobesoldung und dem Ersatzeinkommen nach § 12.

§ 10. Stirbt ein Mitglied, bevor es für 12 Monate Leistungen der Kasse nach § 8 oder 9 bezogen hat, und hinterlässt es Angehörige, die von der BLVK oder VKBSV sowie der IV/AHV und EMV bzw. SUVA Renten zugute haben, so leistet die Kasse für den Rest der 12 Monate einen Beitrag, der zum Einkommensausfall im selben Verhältnis steht, wie zu Lebzeiten des Versicherten.

Variante: ... so kann der KV BLV in freier Würdigung der Umstände einen einmaligen oder wiederkehrenden Beitrag beschliessen, der den Einkommensausfall der Angehörigen maximal im selben Verhältnis wie vor dem Tod des Versicherten kompensiert.

§ 11. Zur anrechenbaren Besoldung gehören alle Lohnbestandteile, die vom Kanton für die Berechnung des Abzugs nach Art. 9 der Stellvertretungsverordnung berücksichtigt werden.

Nicht anrechenbar sind Entschädigungen für Zusatzlektionen, die über das Pflichtpensum hinaus erteilt werden, Dienstaltersgeschenke sowie andere Entschädigungen irgendwelcher Art, an die gemäss Art. 9, Abs. 2 der Verordnung schon im Lauf des ersten Krankheitsjahres kein voller Anspruch mehr bestand.

In Zweifelsfällen entscheidet der Kantonalvorstand endgültig.

§ 12. Als Ersatzeinkommen eines Pensionierten oder der Hinterbliebenen gelten die Leistungen der BLVK und VKBSV; die Leistungen von Sozialversicherungen wie IV/AHV, EMV, SUVA;

sämtliche von den Kassen, von der öffentlichen Hand oder vom Arbeitgeber gewährten Zulagen zu den Leistungen der Kassen und Sozialversicherungen; Leistungen von Dritten an den Versicherten oder seine Hinterbliebenen auf Grund einer Haftpflicht.

Nicht zum Ersatzeinkommen werden gezählt Leistungen von Versicherungen und Krankenkassen, denen sich das Mitglied freiwillig angeschlossen hatte oder für deren Prämien es zur Hauptsache selber aufkam.

§ 13. Der Anspruch auf Leistungen der Kasse beginnt mit dem Eintreffen der Meldung der Bezugsberechtigten im Sekretariat BLV.

Erreicht die Meldung das Sekretariat spätestens 40 Tage nach Eintreten der Voraussetzungen für eine Kassenleistung, so hat die Meldung ohne weiteres rückwirkende Kraft.

Trifft die Meldung später ein, so kann der Kantonalvorstand beschliessen, Leistungen rückwirkend zu übernehmen, jedoch höchstens für 3 Monate.

§ 14. Der Kantonalvorstand ist ermächtigt, mit einer Versicherungsgesellschaft eine kollektive Lohnausfallversicherung abzuschliessen, der die Mitglieder durch Entrichten einer Sonderprämie freiwillig beitreten können.

Diese Versicherung deckt einen angemessenen Teil des Lohnausfalles aus der hauptamtlichen Lehrtätigkeit, der aus der Anwendung von § 15/2 der Stellvertretungsverordnung entstanden ist (Unfall oder Krankheit in Ausübung einer bezahlten Nebenbeschäftigung).

Der BLV übernimmt den normalen Einzug und die Weiterleitung der rechtzeitig entrichteten Prämien. Darüber hinaus entfällt jede Verantwortung des BLV den Mitgliedern, ihren Angehörigen oder der Versicherungsgesellschaft gegenüber.

Ansprüche der Mitglieder sind direkt bei der Versicherungsgesellschaft geltend zu machen, und umgekehrt.

Alternativlösung: Pauschalleistung

Die in den §§ 8 bis 10 vorgesehenen Leistungen werden zur Besoldung des vertretenen Lehrers proportional sein, gleichgültig, welcher Prozentsatz angenommen wird. Im äussersten Fall kann der Unterschied bis zu ca. 50% betragen. Es wäre daher naheliegend, auch die Prämien im Verhältnis zur jeweiligen Besoldung festzulegen; offensichtlich würde das aber die Arbeit des Sekretariats so komplizieren, dass nur feste Einheitsbeiträge zur Diskussion stehen.

Trotz den in §§ 11 bis 14 vorgenommenen Umschreibungen muss mit Anwendungsschwierigkeiten gerechnet werden. Der Bezugsberechtigte oder seine Familie wird Dokumente vorlegen müssen, aufgrund derer die geschuldete Entschädigung berechnet werden kann. Diese Angaben wird man überprüfen, ergänzen und

manchmal interpretieren müssen; dies bedeutet eine nicht unerhebliche Arbeitslast und zuweilen heikle Auseinandersetzungen. Nun hatten wir im Lauf der letzten Jahre eine fortschreitende Vereinfachung in der Verwaltung der Kasse eingeführt, indem wir die Anzahl der Mitgliederkategorien von 7 auf 3 herabsetzten und auf eine durchgehende Vereinheitlichung ausgingen.

In Fortführung dieses Bestrebens stellen wir ebenfalls eine pauschale Berechnungsart zur Diskussion, die viel einfacher wäre (dafür aber weniger dem Einzelfall angepasst, selbstverständlich): eine Einheitsprämie und eine Einheitsleistung, in Franken festgesetzt, unabhängig vom Alter, vom Zivilstand oder vom Beschäftigungsgrad (eventuell erst ab 70%). Die Abgeordnetenversammlung würde sowohl die Prämie wie die Leistung festlegen, und zwar für das nächste Kalenderjahr, was rückwirkende Beschlüsse mit ihren mehrfachen Nachteilen überflüssig machen würde. Der Kantonalvorstand könnte ermächtigt werden, ebenfalls für das nächste Kalenderjahr eine Teuerungszulage festzulegen, zum Beispiel mit dem gleichen Satz, den der Grosse Rat für die Nachteuerungszulage beschliesst, und für den Fall, wo der Landesindex zum Beispiel um mehr als 5 Punkte zugenommen hätte. Der Anspruch wäre also am 1. Januar bereits für das ganze Jahr bekannt. Es gäbe weder rückwirkende Teuerungszulagen, noch einen 13. Monatslohn zu berechnen und hintendrein separat auszuzahlen.

Der Einwand liegt nahe, eine solche Schematisierung berücksichtige die individuellen Bedürfnisse zu wenig, da sie zum Beispiel dieselbe Entschädigung (je Tag, Woche oder Monat) einem 46jährigen Familienvater auf dem 4. Besoldungsmaximum wie einem 22jährigen Ledigen mit bloss ein bis zwei Alterszulagen zuwiese. Es könnte ebenfalls als ungerecht empfunden werden, dass ein Mitglied, das während 20 oder 30 Jahren Beiträge bezahlt hat, nicht besser wegkommt, als dasjenige, das soeben in den Verein eingetreten ist.

Es wäre aber möglich, diesen beiden Einwänden gleichzeitig Rechnung zu tragen, indem man eine Grundleistung (in einem festen Betrag) und einen Zuschlag vorsähe, der mit der Dauer der Mitgliedschaft zunimmt, zum Beispiel um 2% für jedes vollständige Mitgliedschaftsjahr, bei einer Begrenzung auf 50% oder 60% gesamthaft.

Beispiel

Zu 100% beschäftigter Primarlehrer

	22jährig ledig 1 Alterszulage 1 Mitgliedschaftsjahr	46jährig verheiratet, 3 Kinder 4. Maximum 25 Mitgliedschaftsjahre
a) Bruttobesoldung nach Dekret (115,5%)	26 887.— 1 106.— (1 AZ)	41 271.— 900.— (FZ) 1 800.— (3 KZ)
Total	27 993.—	43 971.—
b) Abzug 40%	11 197.—	17 588.—
c) Grundleistung BLV	6 000.—	6 000.—
d) Zuschlag 2% =	120.—	50% = 3 000.—
e) Gesamtleistung	6 120.—	9 000.—
f) e in % von b	54,6%	51,2%

Ergebnis: Der Familienvater, der seine Beiträge während 25 Jahren bezahlt hat, erhält Fr. 9000.— pro Jahr oder Fr. 750.— pro Monat, der Ledige, der erst während einem Jahr bezahlt hat, erhält Fr. 6120.— pro Jahr oder Fr. 510.— pro Monat. In beiden Fällen ist der Abzug, den der Arbeitgeber vornimmt, rund um die Hälfte gemildert.

Im Einverständnis mit dem Kantonalvorstand veröffentlichen wir diesen Entwurf als erste Diskussionsgrundlage, damit jedes Mitglied seinen Beitrag leisten kann, bevor irgendwelche Vorentscheidungen gefallen sind.

Termin für schriftliche Eingaben: 15. Juni. Besten Dank im voraus.

Der Zentralsekretär: *Marcel Rychner*

Zur Entlastung des Sekretariats wurden zwei Telefonstunden im Tag festgelegt (11-12 und 16-17 Uhr). Noch besser wäre es, die Fragen (knapp, präzise) schriftlich einzureichen. Rasche Antwort zugesichert.

Leitender Ausschuss BLV

Règlement de la Caisse de remplacement
du corps enseignant primaire bernois

I. But de la Caisse de remplacement

§ 1. La Caisse de remplacement du corps enseignant primaire bernois (appelée «Caisse» par la suite) prend à sa charge le quart des frais de remplacement qui, selon les dispositions légales, incombe à ses membres remplacés lors de maladie personnelle, de maladie contagieuse au sein de leur famille, d'accouchement ou d'accident, sous réserve des §§ 11 à 13 du présent règlement.

La Caisse est une institution de la SEB, qui la représente vis-à-vis de tiers.

II. Membres

§ 2. La qualité de sociétaire de la SEB est la condition première d'admission à la Caisse. L'adhésion à la Caisse est obligatoire pour tous les sociétaires en activité dans une école primaire publique.

Les sociétaires en fonction dans des établissements ou des maisons d'éducation privés ainsi que ceux qui sont nommés à l'art. 8, al. 2 des statuts ont la possibilité de s'affilier à la Caisse. Le Comité cantonal établit certaines dispositions d'ordre général ou statue, dans chaque cas particulier, sur les droits et obligations des intéressés.

Les membres enseignant dans des écoles ou des maisons d'éducation de l'Etat ne font pas partie de la Caisse. Leurs remplacements sont réglés selon le décret en vigueur concernant les traitements des fonctionnaires, des employés et des ouvriers de l'Etat de Berne.

§ 3. Les admissions et démissions ainsi que les exclusions de la Caisse s'effectuent conformément aux art. 6 à 12 des statuts de la SEB.

§ 4. La demande d'admission à la SEB, et par conséquent à la Caisse également, astreint le candidat au paiement des cotisations du semestre courant. Le droit aux prestations de la Caisse débute, en principe, avec l'admission formelle du candidat dans la Société. Si l'admission a été retardée sans que le candidat en porte la responsabilité, le Comité cantonal peut décider de supporter tout ou partie des frais de remplacement survenus entre la demande écrite d'admission et l'admission elle-même.

La caisse n'a pas l'obligation de prendre à sa charge les frais d'un remplacement dont la cause existait déjà au moment de la demande d'admission.

§ 5. Les membres démissionnaires et les membres exclus de la Société n'ont aucun droit à la fortune de la Caisse.

Règlement de la caisse de compensation
de la Société des enseignants bernois

§ 1. La Caisse de compensation du corps enseignant primaire, appelée par la suite «Caisse», a pour but d'atténuer, conformément aux prescriptions suivantes, la perte de traitement que ses membres subissent en cas de maladie, d'accident ou de grossesse. Les §§ 18 à 20 du présent règlement sont réservés.

La Caisse est...

§ 2, al. 2:
...de l'Etat ou privés...

al. 3: à supprimer

§ 4, al. 1, 3^e phrase: à supprimer

al. 2:
La Caisse n'est tenue à aucune prestation si la cause de la perte de salaire existait déjà lors de la demande d'admission.

§ 5: inchangé

III. Cotisations

§ 6. L'assemblée des délégués répartit les membres en différentes catégories et fixe chaque année le montant de leurs cotisations. Les contributions dépendent, en premier lieu, des résultats financiers de l'exercice écoulé; les résultats de deux exercices antérieurs à ce dernier peuvent également être pris en considération.

§ 7. L'exercice commence le 1^{er} avril et se termine le 31 mars.

IV. Surveillance et administration

§ 8. La Caisse est gérée par le Secrétariat de la SEB sous la surveillance du Comité cantonal. Le surplus de travail occasionné par cette administration est à indemniser. L'assemblée des délégués fixe le montant de cette indemnité.

§ 9. L'encaissement des cotisations est du ressort des comités de section.

§ 10. La Commission de revision de la SEB vérifie les comptes de la Caisse et remet son rapport à l'assemblée des délégués, à laquelle incombe l'acceptation des comptes.

§ 11. Les bénéficiaires de prestations de la Caisse ont l'obligation, conformément aux circonstances, de suivre un traitement médical et d'observer les instructions de leur médecin.

Ils ont le devoir, vis-à-vis des membres payants de la Caisse, de favoriser à tous égards le rétablissement de leur capacité de travail. La fréquentation de restaurants n'est pas autorisée; celle d'établissements publics le soir, les voyages et la pratique d'un sport ne sont admis que sur prescription du médecin, ainsi qu'une activité rémunérée, qui requiert, en plus, l'approbation du Comité cantonal.

A tout contrevenant aux prescriptions sus-mentionnées, le Comité cantonal pourra appliquer les dispositions du § 12.

§ 12. Le Comité cantonal a le droit de faire vérifier, par un médecin de confiance, le bien-fondé d'un congé de maladie et d'obliger, par précaution, un membre à faire part dans les trois jours d'une maladie ou d'une demande de congé pour raison de santé. Si cette expertise médicale est rendue difficile, voire impossible, par la faute de l'assuré ou si un abus de la Caisse est constaté, le Comité cantonal peut refuser, partiellement ou totalement, de verser la part des frais de remplacement incombant à la Caisse. Il pourra également demander la rétrocession de montants déjà payés.

III. Cotisations

§ 6. L'assemblée des délégués peut répartir les membres en divers catégories; elle fixe périodiquement le montant de leurs cotisations.

§ 7: *inchangé*

Nouveau chap.:

IV. Prestations

§ 8-14. *Texte: voir annexe*

V. Surveillance et administration

= *ancien chap. IV presque inchangé. Nouveau numérotage: voir colonne de gauche*

Nouveau:

§ 15

§ 16

§ 17

§ 18, *texte simplifié:*

§ 18. Les bénéficiaires de prestations de la caisse ont l'obligation de respecter les prescriptions du médecin et de favoriser à tous égards le rétablissement de leur capacité de travail. La fréquentation d'établissements publics, les voyages et la pratique d'un sport ne sont admis que sur prescription du médecin, ainsi qu'une activité rémunérée, qui requiert, en plus, l'approbation du Comité cantonal.

A tout contrevenant aux prescriptions sus-nommées, le Comité cantonal pourra appliquer les dispositions du § 19.

§ 19

supprimer: ... et d'obliger jusqu'à: raison de santé.

Remplacer: ... la part des frais de remplacement... par: ... les prestations...

Le membre touché par cette décision de réduction ou de suspension des prestations de la Caisse peut, dans les 30 jours après la réception de la communication du Comité cantonal, recourir auprès du bureau de l'assemblée des délégués. Celui-ci présentera sa proposition à l'assemblée des délégués, qui décidera en dernier ressort.

§ 13. Si le remplacement est dû à un événement dont un tiers peut être rendu responsable, le membre remplacé cède automatiquement ses droits à la Caisse. Cette dernière les fera valoir auprès du responsable jusqu'à concurrence du montant de ses prestations. Le membre remplacé a le devoir de soutenir la Caisse, sans réserve, dans ses efforts à défendre ses intérêts; une autre manière d'agir entraînerait la perte de ses droits d'assuré.

§ 14. La déclaration de remplacement et le versement des indemnités sont soumis aux dispositions de l'Ordonnance du Conseil-exécutif du 27 décembre 1956 concernant le remplacement des membres du corps enseignant aux écoles primaires et secondaires (dispositions complémentaires et modifications ultérieures comprises).

V. Dispositions finales

§ 15. Le présent règlement entre en vigueur dès son approbation par l'assemblée des délégués. Il remplace le Règlement de la Caisse de remplacement du corps enseignant primaire bernois du 22 mai 1937.

Approuvé le 6 juin 1959 et modifié le 24 novembre 1962 (§ 14) et le 18 juin 1969 (§ 14 supprimé) par l'assemblée des délégués.

Ajouter:

Le recours n'a pas effet suspensif.

§ 20

§ 21

... *nouveau*: de l'Ordonnance concernant les remplacements des enseignants du 9 janvier 1974

VI. Dispositions finales

§ 22

... des 6 juin 1959/24 novembre 1962/18 juin 1969.

Annexe IV. Prestations (nouveau chapitre)

§ 8. Si, conformément à l'art. 9 de l'Ordonnance du 9 janvier 1974 concernant les remplacements, le traitement d'un membre est réduit à 60% au cours de la deuxième année de maladie, ce membre a droit à une prestation de la caisse qui correspond

- à la perte nette
- à quatre cinquièmes de la perte nette
- à trois quarts de la perte nette
- à la moitié de la perte nette

Variante: ... à une prestation de la caisse calculée en pour-cent de la perte nette effective, et fixée chaque année.

Si le traitement après décès subit également une réduction, il sera complété dans la même proportion que le traitement précédent.

§ 9. Si un membre est mis au bénéfice, pour cause d'invalidité, d'une rente temporaire ou provisoire de la CACEB ou de la CAACB avant d'avoir été en congé pour maladie pendant 12 mois en touchant le traitement complet, la caisse lui versera, pour le reste de ces 12 mois, ... % de la différence entre le dernier traitement intégral net touché et le revenu compensateur selon le § 12.

§ 10. Si un sociétaire décède avant d'avoir touché pendant 12 mois des prestations de la caisse au titre des §§ 8 ou 9 et en laissant des proches qui ont droit à des rentes de la CACEB ou de la CAACB ainsi que de l'AI/AVS, AMF et SUVA/CNA, la caisse fournira, pour le reste des 12 mois, une prestation qui compensera la perte de revenu dans la même proportion que du vivant de l'assuré.

Variante: ... le Comité cantonal peut, en libre appréciation des circonstances, décider une prestation unique ou répétée qui compense la perte de revenu des survivants dans la même proportion qu'avant le décès de l'assuré.

§ 11. Sont imputables toutes les parties du traitement dont le canton tiendra compte pour le calcul de la réduction effectuée en application de l'art. 9 de l'Ordonnance concernant les remplacements.

Sont exclues les indemnités pour leçons facultatives données en plus du pensum obligatoire, les cadeaux d'ancienneté et toutes autres indemnités auxquelles l'assuré n'avait plus entièrement droit, dès le cours de la première année de maladie, conformément à l'art. 9, al. 2 de l'Ordonnance.

En cas de doute, le Comité cantonal tranchera définitivement.

§ 12. Le revenu compensateur d'un retraité ou de ses survivants se compose des prestations de la CACEB et de la CAACB; des prestations d'assurances sociales telles que l'AI/AVS, l'AMF, la CNA/SUVA;

de toutes les prestations allouées par les caisses, des institutions de droit public ou l'employeur en complément des prestations des caisses et des assurances sociales; de prestations de tiers versées à l'assuré ou à ses survivants au titre de responsabilité civile.

Ne sont pas imputées au revenu compensateur les prestations d'assurances ou de caisses-maladie dont l'assuré faisait partie librement ou dont il payait lui-même la majeure partie des primes.

§ 13. Le droit aux prestations de la caisse naît lors de l'arrivée au Secrétariat SEB de l'avis des ayants droit.

Si l'avis parvient au secrétariat dans les 40 jours à compter depuis l'événement susceptible de motiver une prestation de la caisse, l'avis a automatiquement effet rétroactif.

Si l'avis arrive plus tard, le Comité cantonal peut décider de fournir des prestations à titre rétroactif, mais au plus pour trois mois.

§ 14. Le Comité cantonal est autorisé à passer avec une société d'assurance un contrat d'assurance collective contre la perte de salaire, à laquelle les membres peuvent adhérer librement moyennant une cotisation spéciale.

Cette assurance couvre une part raisonnable de la perte subie sur le traitement afférant à l'activité principale de l'enseignant, en application du § 15, al. 2 de l'Ordonnance concernant les remplacements (accident ou maladie remontant à une activité accessoire rémunérée).

La SEB se charge de la perception normale des primes et transmet à l'assureur celles qui auront été payées dans les délais. A part cela, la SEB ne porte aucune responsabilité envers les sociétaires, leurs proches ou l'assureur.

Les assurés feront valoir leurs prétentions directement auprès de l'assureur, et vice versa.

Solution alternative: prestations globales

Les prestations prévues aux §§ 8-10 seront, quel que soit le taux adopté, proportionnelles au traitement du maître remplacé. Dans des cas extrêmes, la différence ira jusqu'à 50% environ. Il serait donc logique de percevoir des primes proportionnelles au traitement, mais il est évident que le travail administratif en serait considérablement compliqué; seules, des cotisations uniques sont praticables.

Malgré les définitions codifiées aux §§ 11 à 14, nous nous attendons à des difficultés d'application. Il faudra que l'ayant droit ou sa famille fournisse des documents qui permettent le calcul de l'indemnité due. Ces chiffres, il sera nécessaire de les vérifier, de les compléter, parfois de les interpréter, ce qui représen-

tera un travail important et des discussions délicates. Or, au cours des dernières années, nous avons instauré une simplification progressive de l'administration de la caisse, en ramenant le nombre des catégories de membres de 7 à 3, avec tendance à la fusion complète.

Dans cet esprit, nous mettons également en discussion une méthode globale, beaucoup plus simple (mais moins souple, naturellement): une seule prime et une seule prestation, définie en francs, quel que soit l'âge, l'état civil ou le degré d'occupation (à partir de 70%). L'assemblée des délégués fixerait aussi bien la prime que la prestation, pour l'année civile suivante (évitant ainsi les décisions rétroactives, aux multiples inconvénients). Le Comité cantonal pourrait être autorisé à y ajouter, pour l'année suivante également, une allocation de cherté, par exemple du même taux que l'allocation complémentaire décidée par le Grand Conseil, au cas où l'indice national aurait grimpé de plus de 5 points. La prestation serait donc connue le 1^{er} janvier, pour toute l'année. Il n'y aurait ni allocations rétroactives, ni 13^e mois à calculer et à indemniser séparément et après coup.

On peut objecter qu'une telle schématisation ne tient pas assez compte des besoins individuels, puisqu'elle allouerait, par exemple, la même somme (journalière, hebdomadaire ou mensuelle) au père de famille de 46 ans (4^e maximum de traitement) qu'au célibataire de 22 ans (1-2 allocations d'ancienneté seulement). On pourrait aussi trouver injuste qu'un sociétaire qui a payé ses cotisations pendant 20 ou 30 ans ne soit pas mieux traité que celui qui vient de s'affilier.

Il serait possible de tenir compte des deux objections à la fois en prévoyant une prestation de base (montant fixe) et une allocation proportionnelle à la durée du sociétariat, par exemple 2% de supplément pour chaque année entière d'appartenance à la caisse de remplacement, avec limitation à 50% ou 60% au total.

Exemple

Instituteur occupé à 100%

	22 ans célibataire 1 allocation d'âge 1 année de sociétariat	46 ans marié, 3 enfants 4 ^e maximum 25 années de sociétariat
a) Traitement brut selon décret (115,5%)	26 887.— 1 106.— (1 alloc.)	41 271.— 900.— (ménage) 1 800.— (3 enfants)
Total	27 993.—	43 971.—
b) Déduction 40%	11 197.—	17 588.—
c) Prestation de base SEB	6 000 —	6 000.—
d) Complément 2% =	120.—	50% = 3 000.—
e) Prestation totale	6 120.—	9 000.—
f) c en % de b	54,6%	51,2%

Résultat: Le père de famille qui a payé ses cotisations pendant 25 ans touche Fr. 9000.— par an ou Fr. 750.— par mois, le célibataire qui n'a payé que pendant 1 année touche Fr. 6120.— par an ou Fr. 510.— par mois. Dans les deux cas, la déduction opérée par l'employeur est réduite de moitié environ.

Avec l'assentiment du Comité cantonal, nous publions ce projet comme première base de discussion, afin que chaque sociétaire puisse y apporter sa contribution avant qu'une option quelconque ne soit prise.

Prière de nous envoyer vos idées par écrit jusqu'au 15 juin. Merci d'avance.

Le secrétaire central: *Marcel Rychner*

Pour décharger le Secrétariat, nous nous voyons dans l'obligation de demander à nos sociétaires de concentrer leurs appels sur une heure le matin (11-12 heures et l'après-midi (16-17 heures). Mieux vaudrait-il adresser des demandes écrites, concises et précises au Secrétariat qui répondra, si possible, par retour du courrier.

Le Comité directeur SEB